

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Präsident des Verfassungsgerichtshofes,
verehrter Herr Professor Diner,
meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich freue mich, so zahlreiche Gäste zu dieser gemeinsamen Veranstaltung des Landtags und der Staatsregierung des Freistaates zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Sächsischen Landtag begrüßen zu können. Mit dieser ersten gemeinsamen Veranstaltung im Landtag führen wir die durch die CDU-Fraktion begonnene Tradition zum Gedenken an die Opfer des Holocaust fort.

Ich begrüße ganz herzlich die Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtags sowie ehemalige Abgeordnete.

Ich begrüße die Mitglieder der Staatsregierung, des Verfassungsgerichtshofes und des Konsularischen Korps, den Oberbürgermeister der Stadt Dresden sowie die Vertreter der Kirchen, der Städte und Gemeinden, des öffentlichen Lebens und der Medien.

Seit 1996 begehen wir in der Bundesrepublik Deutschland den 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 gibt uns auch heute wieder Gelegenheit, der Millionen von Menschen zu gedenken, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Opfer von Staatsterror, Rassenwahn und Völkermord geworden sind.

Die Ereignisse und Lehren des 2. Weltkrieges rücken uns immer wieder ins Bewusstsein, wie wichtig es für die Demokratie ist, öffentlich Position zu beziehen, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen geht.

Für den ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, der diesen Gedenktag ins Leben gerufen hat, war es ein ganz besonderes Anliegen, dass die Erinnerung nicht allein aus der Vergangenheit heraus lebendig bleibt, sondern auch eine Zukunft haben muss. Es sei wichtig, so erklärte Herzog, „eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt“.

Kofie Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, erklärte gestern aus Anlass des ersten Internationalen Holocaust-Gedenktages, dass zukünftig mit diesem Tag ein Zeichen gegen das Vergessen gesetzt werden soll.

Er führte dazu aus, dass an diesem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in besonderer Weise des Massenmordes an den Juden gedacht werden soll und man werde sich gegen alle Versuche, den Holocaust zu leugnen, entschieden zur Wehr setzen.

Angesichts der Tatsache, dass es nach drei Generationen keine Zeugen mehr geben wird, gewinnt diese Forderung gemeinsamen und öffentlichen Gedenkens gerade gegenwärtig mit jedem Tag mehr an Gewicht.

Dieses Gedächtnis muss daher im Selbstbewusstsein der Gesellschaft verankert werden, wenn es um Werteorientierung auf dem Weg in die Zukunft geht und erst recht, wenn die christlich und humanistisch geprägten Werte unserer Verfassungsordnung, von wem auch immer, in Frage gestellt werden.

Unser damit verbundener Anspruch, der Erinnerung eine Zukunft zu geben, ist aber nicht allein ein Anliegen der Politik.

Er korrespondiert ganz unmittelbar mit dem „Wort der christlichen Kirchen“, dass diese 2005 unter dem Leitmotiv „Wer das Gedächtnis verliert, verliert die Orientierung“ veröffentlicht haben.

Ich zitiere einige Sätze, weil es als Warnung und Mahnung für das Gedächtnis unserer Gesellschaft insgesamt Gültigkeit besitzt, wenn es darin zum Beispiel heißt:

- „Wir erinnern uns, damit wir uns über die Verführbarkeit des Menschen, seine Fähigkeit zu unmenschlichen Taten und seinen Mangel an Mut nicht täuschen.“
- Wir erinnern uns aber auch, „damit dem Unrecht, das den Opfern zugefügt wurde, nicht auch die Auslöschung ihres Gedächtnisses folgt.“

Und dann steht hier noch ein für mich ganz zentraler und entscheidender Satz:

- „Wir erinnern uns, damit wir dankbar bleiben.“

Erinnerung, so wird dieser Satz kommentiert, vertreibe den falschen Schein der Selbstverständlichkeit, mache dankbar für das in Deutschland und in Europa Erreichte und mahne zugleich, es nicht noch einmal aufs Spiel zu setzen.

Ich verbinde diese Dankbarkeit aber auch mit der uns in der parlamentarischen Demokratie gegebenen Möglichkeit, offensiv dazu beitragen zu können, das Gedächtnis wach zu halten und den heranwachsenden Generationen Orientierung zu vermitteln.

Diesem Gedanken fühlen wir uns im Sächsischen Landtag seit vielen Jahren verpflichtet. Wir haben ihn hier immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Ein sichtbarer Schritt auf diesem Wege ist bereits im April 1994 getan worden, als der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion die Einrichtung des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig einmütig beschlossen hat. Damals haben alle Fraktionen – von der CDU und der SPD über die Linke Liste/PDS bis hin zu Bündnis 90/Grüne und zur FDP – an einem Strang gezogen und ein gemeinsames Bekenntnis für das Judentum abgelegt.

Dem Simon-Dubnow-Institut ist die Aufgabe zugewiesen worden, den Beitrag der jüdischen Mitbürger in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik in Deutschland und Europa zu erforschen und das Bewusstsein für die Einmaligkeit des Völkermordes an den Juden in der Öffentlichkeit zu stärken.

Im Zentrum der Arbeit steht die Erforschung der mit dem Holocaust weithin untergegangenen jüdischen Lebenswelten vornehmlich in Mittel-, Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa, die es ins öffentliche Gedächtnis zurückzuholen gilt.

Es ist damit auch der Erforschung der tragischen Geschichte des europäischen Judentums im 20. Jahrhundert gewidmet und durch internationale Zusammenarbeit zumal mit Israel auf Versöhnung und Völkerverständigung orientiert.

Und nicht zuletzt soll das Bewusstsein dafür sensibilisiert werden, in welche Abgründe Intoleranz und Vorurteil, wofür der Antisemitismus das folgenschwerste Beispiel bietet, als Mittel der politischen, kulturellen oder wissenschaftlichen Auseinandersetzung führen können.

Antisemitismus, so lesen wir in der Begründung des Antrags, entsteht auch aus kollektiver Verdrängung und dumpfer Unwissenheit.

Dieser gefährlichen Erscheinung entgegenzuwirken, verpflichtet uns die Geschichte des deutschen Volkes und die Schuld gegenüber dem europäischen Judentum in besonderer Weise.

Das Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig unterstützt mit seiner Arbeit dieses Anliegen.

Gerade vor diesem Hintergrund bin ich sehr dankbar dafür, dass wir mit Herrn Prof. Dr. Dan Diner den Direktor des Simon-Dubnow-Instituts als Redner für die heutige Gedenkstunde gewinnen konnten, den ich hiermit ganz herzlich begrüße.

Prof. Diner war Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, ist jetzt Professor für Neuere Geschichte in Jerusalem und seit 1999 Direktor des Leipziger Instituts.

Der Historiker lebt sowohl in der Bundesrepublik als auch in Israel und ist in der Fachwelt als Autor und Herausgeber zahlreicher Publikationen insbesondere zur Geschichte des Nationalsozialismus, des Holocaust und des Judentums bekannt geworden.

Er hat zudem unter dem Titel „Das Jahrhundert verstehen“ den Versuch einer universalhistorischen Deutung des 20. Jahrhunderts unternommen, die aus europäischer Perspektive das weltumspannende, komplexe Geschehen und seine ideologischen wie traditionellen Konfliktlinien erklärt.

Und er hat sich vor diesem Hintergrund ganz konkret mit dem Verhältnis von Gedächtnis und Erinnerung befasst, also genau damit, worum es auch uns heute geht.

Wir dürfen also gespannt darauf sein, welche eigenen Akzente er für eine Kultur des Erinnerens setzt und welche Denkanstöße zur Zukunftsorientierung er uns heute mit auf den Weg geben wird.

Ganz sicher wird er meine Auffassung teilen können, dass ein Gedenktag allein nicht ausreicht, sich gegenüber der Geschichte zu positionieren, wenn wir es bei öffentlichen Reden bewenden lassen und sich das Gedenken gleich einem Ritual auf ein Datum konzentriert und beschränkt.

Gedenktage werden ihrer Bedeutung nur gerecht, wenn sie ein lebendiges Spannungsfeld zwischen Erinnerung und Vergegenwärtigung, Standortbestimmung und Zukunftsorientierung schaffen und über die Stunde hinaus wirksam bleiben.

Deshalb habe ich auch in meiner Neujahrsansprache den Fraktionen des Sächsischen Landtages den Vorschlag unterbreitet, noch in diesem Jahr eine gemeinsame Reise zum ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz durchzuführen, um an diesem historischen Ort der deutschen Täterschaft und Verantwortung für die Millionen Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz, an dessen Befreiung der heutige Tag erinnert, ist zum Synonym geworden für das menschenverachtende System des Nationalsozialismus und für die Singularität des Holocaust.

Nie zuvor hat in der Geschichte der Menschheit ein Staat beschlossen, eine bestimmte Menschengruppe, einschließlich der Alten, der Frauen, der Kinder und Säuglinge möglichst restlos zu töten und diesen Beschluss mit allen nur möglichen staatlichen Mitteln in die Tat umzusetzen.

Es handelte sich dabei nicht nur um eine Welle des Mordens, sondern um den Versuch der systematischen, industriell betriebenen fabrikmäßigen Ausrottung eines ganzen Volkes.

Bundespräsident Horst Köhler hat das Lager Auschwitz heute vor einem Jahr an der Seite von Überlebenden besucht und darüber berichtet. Die Schilderungen der Überlebenden hätten die Unmenschlichkeit für ihn lebendig werden lassen.

Und auf die Fragestellung, was sein wird, wenn diese einmal nicht mehr da sein werden, hat er die klare und eindeutige Antwort gegeben: „Sie müssen Teil unserer Gegenwart bleiben. Ihre Berichte dürfen nicht verloren gehen. Die Gesichter der Opfer dürfen uns nicht verlassen.“

Ich halte es daher für legitim und notwendig, dass auch wir Abgeordnete, wo die Anzahl der Zeitzeugen immer kleiner wird und die Aufgabe des mahnenden Erinnerns nun den Nachgeborenen zukommt, die die Zeit des Nationalsozialismus nur aus Erzählungen oder aus geschichtlichen Dokumentationen kennen, einen bleibenden Eindruck vom zentralen Ort des unfassbaren Geschehens in uns aufnehmen.

Indem das Gedächtnis an die Opfer unmittelbar bewahrt wird, werden wir umso überzeugender mahnen und unsere Impulse für die Auseinandersetzung mit einstiger Schuld weitergeben können.

Nur wenn auch in Zukunft das Unheil der Vergangenheit bewusst bleibt und wir die Lehren aus der Geschichte beherzigen, können wir uns und unsere Nachkommen vor jenen Ideologien schützen, die durch den Nationalsozialismus im vergangenen Jahrhundert zu unvorstellbaren Leiden und Verlusten geführt haben.

Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind unvereinbar mit dem Bekenntnis zur Demokratie.

Mit der Absage der NPD, an der Fahrt nach Auschwitz teilzunehmen, ist erneut offenbar geworden, welche grundsätzliche Geisteshaltung ihrem politischen Handeln zugrunde liegt.

Wer wie die Abgeordneten der NPD den Opfern des Nationalsozialismus das Gedenken und die Ehrerbietung verweigert und hier von einem „Sühnetourismus“ spricht, macht sich die Geisteshaltung der Nationalsozialisten zu eigen.

Von dieser Haltung ist es nicht weit zu dem falschen Vergleich der schrecklichen Bombardierung von Dresden mit dem Holocaust, dessen Relativierung oder gar Leugnung, wie sie in den zurückliegenden Jahren nicht allein aus den Kreisen der europäischen Rechten heraus immer wieder zu hören war.

Ich denke an das aktuelle Beispiel der gegen Israel gerichteten Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadi-Nedschad, in denen der Holocaust als märchenhafte Behauptung und Israel als ein zu tilgender Schandfleck bezeichnet werden.

All das dürfen wir heute nicht ohne Widerspruch hinnehmen, ganz gleich, welche Form des politischen Radikalismus derartige Parolen auf ihre Fahnen schreibt.

Damit müssen wir uns mit historischer Kompetenz und politischer Überzeugungskraft auseinandersetzen.

Dagegen müssen wir heute und auch in Zukunft als Demokraten, als Europäer und als Partner und Freunde Israels gemeinsam unsere Stimme erheben und gemeinsam Zeichen der Versöhnung setzen.

Wenn es uns gelingt, die durch die nationalsozialistische Diktatur geprägten Erfahrungen des 20. Jahrhunderts wach zu halten, hilft dies mit, den hohen Wert der auf Freiheitsrechten gegründeten Demokratie und der Unverletzlichkeit der Würde jedes einzelnen Menschen auch für die Zukunft zu sichern.